

Berlin, 16. März 2005,

Finanzausschuss des Deutschen Bundestages

Beseitigung wettbewerbsverzerrender Steuerpraktiken

Grace Perez-Navarro, Deputy Director OECD Centre for Tax Policy

Die zunehmende Öffnung und Wettbewerbsorientierung des globalen Markts hat sich in vielerlei Hinsicht positiv auf die Steuersysteme ausgewirkt. Die Steuersätze sind generell gesunken, und die Steuerbemessungsgrundlagen wurden erweitert. Gewisse Steuer- und steuerbezogene Praktiken untergraben jedoch die aus dem Steuerwettbewerb erwachsenden Vorteile. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn Länder Praktiken zulassen, die der Umgehung von Steuergesetzen anderer Länder Vorschub leisten. Die Verlierer sind dabei letzten Endes die ehrlichen Steuerzahler. Sie sind es, die letztlich insofern den Preis für unlautere Praktiken zahlen, als sie einen größeren Teil der Steuerlast zu tragen haben, und ihr Vertrauen in die Integrität und Gerechtigkeit des Steuersystems ihres Landes – sowie in den Staat generell – schwindet. Die OECD koordiniert seit 1998 Aktionsprogramme, in deren Rahmen verschiedene Länder – kleine und große, reiche und arme, OECD-Mitglied- und -Nichtmitgliedstaaten – mit dem Ziel zusammenarbeiten können, wettbewerbsverzerrende Steuerpraktiken in Verbindung mit geographisch mobilen Aktivitäten wie z.B. Finanz- und sonstigen Dienstleistungen zu beseitigen.

Weshalb ist dieses Projekt wichtig?

Steuerbetrug, Steuerhinterziehung sowie Steuervermeidung werden erleichtert durch die Nutzung des Bankgeheimnisses zu illegalen Zwecken, „Strohmannen“ bei Aktiengeschäften, Inhaberaktien und Offshore-Trusts, die keiner Offenlegungspflicht unterliegen. Einem solchen Missbrauch kann durch Transparenz und effektiven Informationsaustausch wirksam begegnet werden.

Welche Ergebnisse werden von diesem Projekt erwartet?

- Schaffung eines effektiven Netzwerks von bilateralen Abkommen über Informationsaustausch, das den Steuerbehörden die Anforderung der Informationen erlaubt, die sie benötigen, um die Einhaltung ihrer Steuergesetze sicherzustellen. Solche Abkommen haben ferner einen Abschreckungseffekt auf potenzielle Steuerflüchtlinge.
- Unmöglichkeit für Steuerhinterzieher, sich hinter ausgeklügelten Konstruktionen zu verstecken, die allein zu dem Zweck errichtet werden, die wahre Natur und die wahren Besitzverhältnisse der Anleger zu verschleiern.
- Ein Wettbewerb, der auf seriösen Geschäftsüberlegungen und nicht auf einem Mangel an Transparenz und wirksamem Informationsaustausch basiert.
- Ein potenziell gerechteres Steuersystem für alle; ein System, bei dem Fragen der Anonymität keine Rolle mehr spielen.

Was ist bislang erreicht worden?

- 33 Hoheitsgebiete haben sich verpflichtet, die Transparenz zu verbessern und einen wirksamen Informationsaustausch einzurichten, und sie arbeiten bei der Aufstellung hoher Standards zu Transparenz und Informationsaustausch für Steuerzwecke mit den OECD-Mitgliedern zusammen.
- 2002 wurde ein „Model Agreement for Exchange of Information in Tax Matters“ (Musterabkommen zum Informationsaustausch in Steuersachen) erstellt, das als Grundlage

für bilaterale Abkommen zwischen OECD-Mitgliedern und Offshore-Finanzzentren dient und von den Finanzministern der G20 am 21. November 2004 in Berlin angenommen wurde.

- Von den 47 Präferenzsteuersystemen in Mitgliedstaaten, die im Jahr 2000 als potenziell wettbewerbsverzerrend identifiziert worden waren, wurden 18 inzwischen abgeschafft bzw. sind im Begriff, abgeschafft zu werden, 14 wurden dahingehend geändert, dass alle potenziell wettbewerbsverzerrenden Aspekte beseitigt wurden, und bei 13 wurde nach näherer Überprüfung festgestellt, dass sie effektiv keine wettbewerbsverzerrenden Merkmale aufweisen.

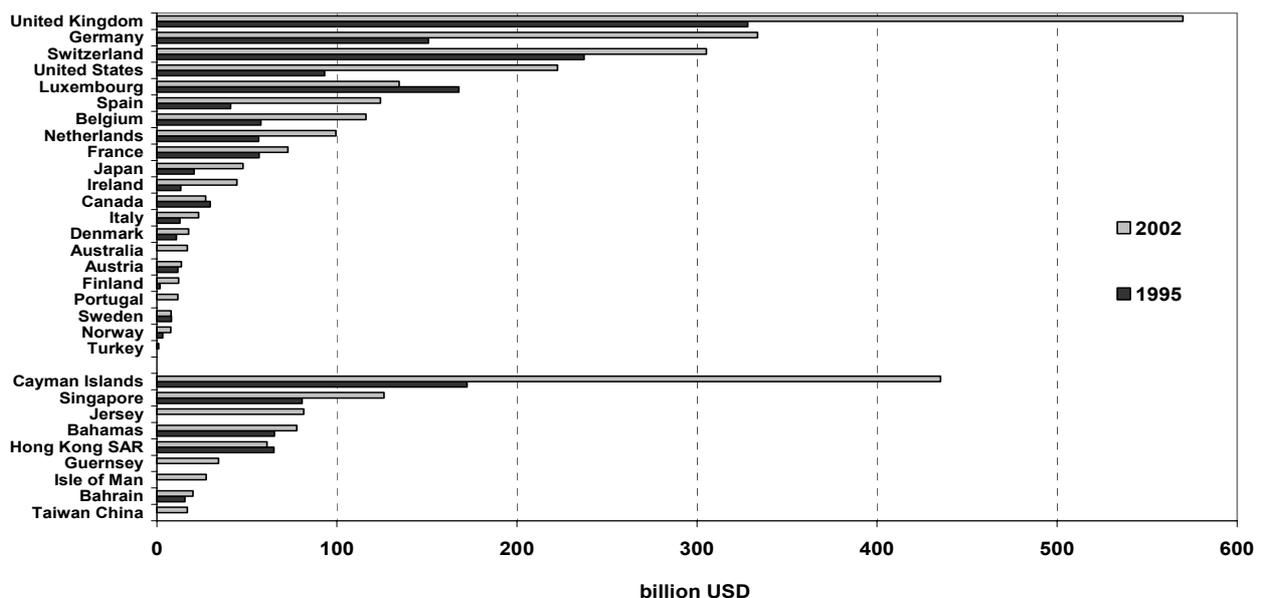
Quantitative Evaluierung des internationalen Steuerbetrugs

1. Wie die Erfahrungen der Steuerbehörden in den vergangenen 50 Jahren gezeigt haben, bildet der unzureichende Zugang zu Informationen ein Hindernis, wenn es darum geht, die Beachtung der Steuergesetze zu gewährleisten. Mangels einschlägiger Informationen lässt sich das Ausmaß der Nichteinhaltung der Steuergesetze kaum präzise erfassen. Zweifellos handelt es sich dabei aber um ein Problem von großer Tragweite, wie die jüngsten Initiativen zur Durchsetzung der Steuervorschriften in einigen OECD-Ländern erkennen lassen:

- Italien: Die Einnahmen aus der Amnestie von 2002 beliefen sich auf 60 Mrd. Euro.
- Irland: 100 Mio. Euro in Form von Steuern seitens einer Offshore-Bank und über 30 Mio. Euro auf Grund eines Offshore-Versicherungsprodukts.
- Vereinigte Staaten: Mehr als zwei Drittel der insgesamt 400 000 Steuerzahler, die in den vergangenen zwei Jahren mit Steuerhinterziehung zu tun hatten, unterhielten Offshore-Konten; die *Offshore Voluntary Compliance Initiative* (OVCI) führte binnen drei Monaten zu Einnahmen von 170 Mio. US-\$.
- Vereinigtes Königreich: Ein Viertel der schweren Fälle von Steuerhinterziehung, die im Zeitraum 1998-2001 untersucht wurden, hingen mit der Verwendung von Offshore-Konten zusammen.

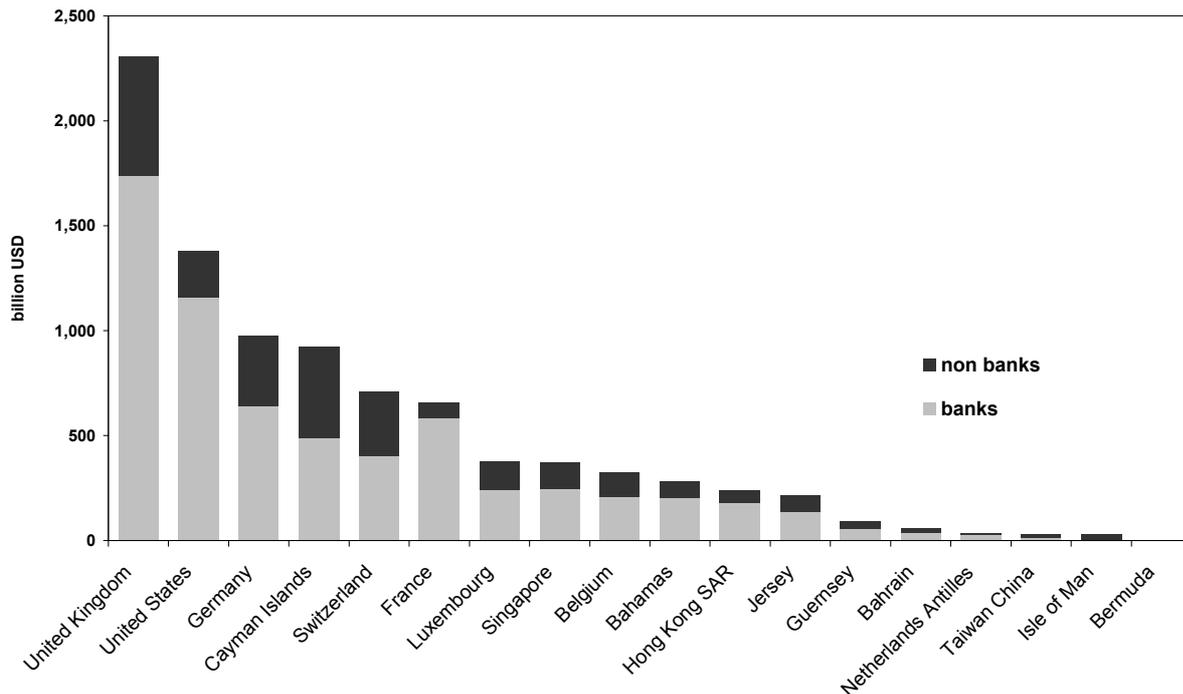
2. Der Anstieg der Bankeinlagen gebietsfremder Investoren (ohne Banken) liefert einen weiteren Hinweis auf den potenziellen Umfang dieses Problems.

Bankeinlagen gebietsfremder Investoren (ohne Banken)



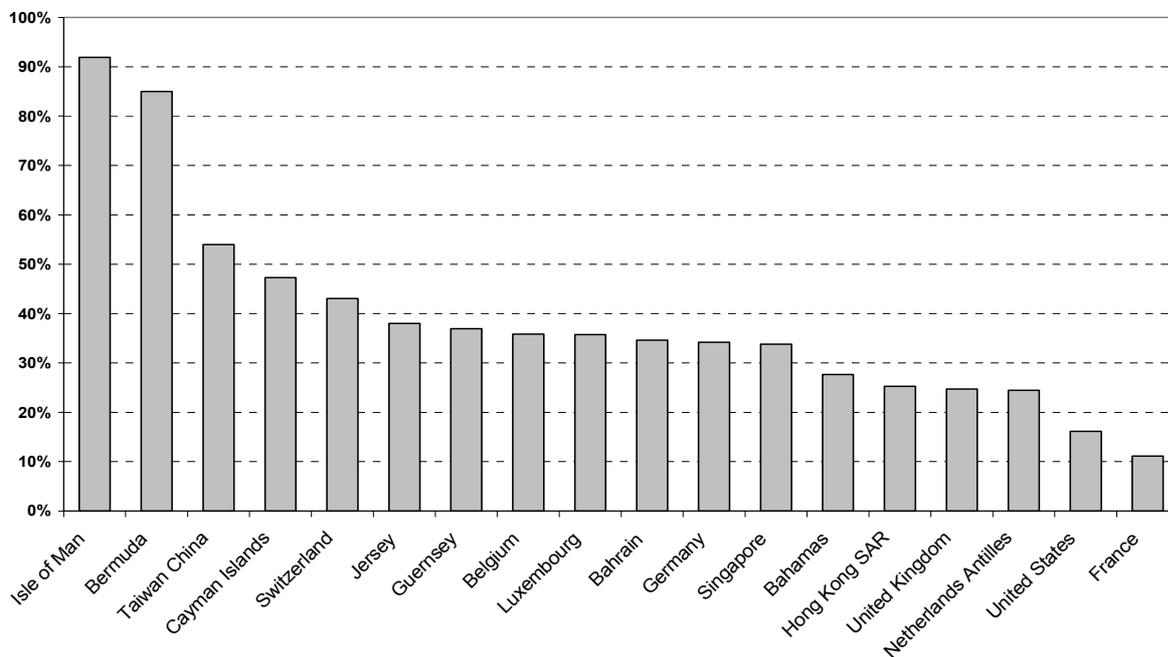
Quelle: BIS locational statistics.

Auslandseinlagen von Banken (sämtliche Sektoren), Betrag der ausstehenden Forderungen, Stand Ende 2002



Quelle: BIS locational statistics.

Einlagen gebietsfremder Nichtbanken als prozentualer Anteil an den gesamten Auslandseinlagen



Quelle: BIS locational statistics.